



Mehr Personal und mehr Beförderungen

Resolution des Landesbeirats der Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, beschlossen am 10. Dezember 2008 in Mainz-Weisenau:

Der Landesbeirat der GdP fordert den rheinland-pfälzischen Landtag auf, die Einstellungszahlen und die Beförderungsmöglichkeiten bei der Polizei deutlich zu erhöhen!

Polizeibeamtinnen und -beamte

In den Jahren 2012 und 2013 werden 741 Polizeibeamte in den Ruhestand treten. Der Ersatz muss in den Haushaltsjahren 2009/2010 zur Ausbildung eingestellt werden. Die im Haushaltsentwurf vorgesehenen 650 Einstellungen reichen hierfür nicht aus! Die operativen Dienste und insbesondere der Schichtdienst sind personell ausgelaugt. Der Rund-um-die-Uhr-Dienst ist aber der Kernbereich der polizeilichen Dienstleistung! Die personelle Schwächung wird auf dem Rücken der Hilfe suchenden Bürgerinnen und Bürger und der Schichtdienstkollegen ausgetragen. Das nimmt die Gewerkschaft der Polizei nicht ohne Widerspruch hin!

Auf den ersten Blick klingt es paradox: Die Polizeistärke liegt derzeit bei ca. 9420 Beamtinnen und Beamten – also bei ca. 400 mehr als der vom Landtag eigentlich geplanten Stärke. Allerdings ist diese relativ hohe Zahl durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit erkauft worden. Was dies für die „Kampfkraft“ bedeutet, mag sich jede und jeder selbst ausmalen. Aber immerhin: Derzeit sind ca. 9420 Kolleginnen und Kollegen im Dienst. Müsste doch eigentlich für alle Bedürfnisse ausreichen?

Nicht nur die Politiker fragen sich: Wo sind die denn alle geblieben?

Wir wissen die Antwort: Seit 2001 wurden aus den Reihen des Schichtdienstes in Spezialverwendungen umgesetzt:

Jugendsachbearbeiter	192
Flughafenwachen Hahn, Zweibrücken	49
Schieß- und Einsatztrainer	44
Datenverarbeitungsgruppen	20



10 000 Polizistinnen und Polizisten braucht das Land!

System- und Anwenderbetreuer	35
Örtliche Fahndungen	65
Beratungszentren/Polizeiläden	11
Puppenbühnen	12
Szenekundige Beamte (Fußball)	11
Projektgruppe POLADIS, Zentralstelle für Polizeitechnik, Landeskriminalamt, Landespolizeischule	17
Verstärkung der Kriminalpolizei (Menschenhandel, Korruption, Terrorismus)	100
Projektgruppe Digitalfunk	10
Projektgruppe TKÜ (noch)	2
Summe	568

Mit anderen Worten: Ausgehend von einer Mindestausstattung von sieben Beamten pro Schicht bei fünf Dienstgruppen zur Abdeckung von 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr werden 35 Beamte für den Schichtdienst benötigt. Mit der anderweitigen Verwendung der 568 Beamten wurde das Äquivalent von ca. 16 funktionsfähigen Polizeirevierern geschlossen!

Erst seit 1987 werden Frauen in die Polizei eingestellt. Eine positive Entwicklung! Die damit einhergehenden Fehlzeiten aufgrund Elternzeit waren voraussehbar. Es wurde aber kein Ausgleich geschaffen: Derzeit sind 256 Kolleginnen

und Kollegen in Elternzeit, davon 147 in Teilzeit.

Die unselige Verlängerung der Lebensarbeitszeit verschärft seit 2005 den ungünstigen Altersaufbau: Die Zahl der eingeschränkt Dienstfähigen hat sich von 531 im Jahr 2004 auf heute 896 erhöht.

Die Politik muss endlich den Druck wahrnehmen, der sich in den Dienststellen aufgebaut hat. Viele Kolleginnen und Kollegen schwanken zwischen Wut und Resignation! Wenn der Landtag jetzt nicht gegensteuert, werden wir in ein paar Jahren durch die vermehrten Personalabgänge vor einem Scherbenhaufen stehen.

Fortsetzung auf Seite 2

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-de/Rheinland-Pfalz>
<http://www.psw-rp.de>
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de



Fortsetzung von Seite 1

Das Ende der Fahnenstange ist aber keineswegs erreicht.

■ Die Nachbereitung des Einsatzes der „EG Zeit“ (Festnahme der so genannten „Sauerlandgruppe“) hat als Konsequenz für Rheinland-Pfalz einen zusätzlichen Bedarf von über 150 Stellen nur für spezielle Bereiche, wie etwa das MEK, ergeben.

■ Die sprunghaft angestiegene Zahl von Einsätzen in geschlossenen Einheiten (Bereitschaftspolizei, mobile Eingreifgruppen, Spezialeinsatzkommando) bei NPD-Demos, erst- bis viertklassigen Fußballspielen, Weinfesten und Unterstützungen in anderen Bundesländern führte zu der Forderung zur kurzfristigen Mobilisierbarkeit einer zweiten Einsatzhundertschaft bei der Bereitschaftspolizei und der Einrichtung einer weiteren Beweissicherungs- und Festnahmeinheit.

■ Gesundheits-, Justiz- und Innenministerium haben ein Konzept namens VISIER vorgestellt, durch das entlassene Strafgefangene, die weiterhin als hochgefährlich eingeschätzt, aber aus rechtlichen Gründen nicht in Sicherungsverwahrung gehalten werden können, an die Polizei gemeldet werden müssen. Erfah-

rungen aus anderen Bundesländern lassen auch hier einen weiteren Personalbedarf erwarten.

An (im Einzelnen betrachtet sehr lobenswerten und intelligenten) Konzepten mangelt es nicht – es mangelt an denen, die die Konzepte umsetzen sollen.

Tarifbeschäftigte

Für die Tarifbeschäftigten werden aus einem Sonderprogramm pro Jahr 25 Stellen zusätzlich zur Verfügung gestellt. Durch die pauschale Einsparauflage, vom Finanzministerium „Effizienzquote“ genannt, müssen bei der Polizei jährlich 1,3% eingespart werden. Insgesamt muss das Ministerium sogar 1,8% einsparen. Das macht eine Personalminderung bei den Tarifbeschäftigten von ca. 30 Stellen pro Jahr aus. So werden aus 25 mehr im Ergebnis fünf weniger.

Wir brauchen im Polizeidienst mehr Tarifbeschäftigte und nicht weniger! Nach wie vor müssen Polizeibeamte auf Tarif-Stellen beschäftigt werden, für die sie nicht ausgebildet wurden.

In den letzten 15 Jahren wurde massiv Tarifpersonal eingespart, besonders in den unteren Lohngruppen, z. B. bei den Reinigungskräften. Im neuen Tarifvertrag (den nicht jeder mit großer Freude unterschrieben hat) wurden vier neue Leichtlohngruppen eingerichtet. Viele Kommunen haben daraus Konsequenzen gezogen und wieder eigenes Personal z. B. im Reinigungsdienst oder in der Abfallwirtschaft eingestellt. Zu beiderseitigem Nutzen: Die Menschen verdienen mehr als bei den privaten Reinigungsbetrieben und der Arbeitgeber spart (bei besseren Reinigungsergebnissen) bares Geld ein. Statt auf der „Effizienzquote“ zu bestehen, sollte auch das Land die Zeichen der Zeit erkennen und neue Stellen im Haushalt vorsehen!

Beförderungen

Was ist eine gerechte Bezahlung? Die GdP hält sich hierzu an die Wissenschaft. Das „Kienbaum-Gutachten“ hat bereits vor über 20 Jahren Kriterien erarbeitet: Wie breit ist das Wissen, das ich für den Dienst benötige, wie tief muss dieses Wissen durchdrungen sein, wie viel Zeit habe ich für eine Entscheidung und wie hoch ist meine persönliche Verantwortung für mein Handeln – gerade, wenn etwas schief geht? Kienbaum kam zu dem Ergebnis, dass Polizistinnen und Polizisten nach A 11 zu bezahlen sind. Über das


Normalmaß hinausgehende Spezialisierungen und Führungsverantwortung sind jeweils in A 12 und A 13 anzusetzen.

Bei allen lobenswerten Fortschritten ist die rheinland-pfälzische Polizei von der geschilderten gerechten Bewertung und Bezahlung Meilen entfernt! Die GdP akzeptiert, dass die an sich korrekte Bezahlung nach A 11 erst nach einigen Jahren Berufserfahrung erreicht werden kann. Aber jede polizeiliche Sachbearbeiterin und jeder Sachbearbeiter muss nach einer angemessenen Zeit nach A 11 bezahlt werden! Hierzu muss der Landtag ein Beförderungsverlaufmodell entwickeln, das auch den justiziellen Anforderungen gerecht wird.

Hunderte von Kolleginnen und Kollegen erfüllen die Anforderungen von Stellen, die mit A 12 oder A 13 bewertet sind, ohne entsprechend bezahlt zu werden. Und das seit Jahren! Sie sehen keine Chance, die korrekte Bezahlung noch vor der Pensionierung zu erreichen. Der Landtag muss sich fragen lassen, ob es richtig sein kann, dass Polizistinnen und Polizisten auch nach Jahrzehnten mit dem Eingangsamt A 9 abgespeist werden oder dass ihnen 10, 15 Jahre nach der Übernahme einer Führungsfunktion die entsprechende Besoldung verwehrt bleibt. Der GdP war immer bewusst, dass der Fortschritt eine Schnecke ist – und wir waren mit der von Innenminister Walter Zuber im Jahre 1996 vorgestellten „mittelfristigen Beförderungskonzeption“ auf einem guten Weg. Leider ist aus dem gepflasterten Weg inzwischen ein Feldweg geworden und wir sind im Matsch stecken geblieben. Die Kolleginnen und Kollegen fühlen sich und ihre Arbeit nicht hinreichend anerkannt; Viele stecken mitten in einer massiven Gratifikationskrise, die zu einer Krise für die Polizei zu werden droht, weil sie an vielen Stellen mit spürbarer Überlastung der in der Polizei arbeitenden Menschen einhergeht.

Der Landesbeirat der Gewerkschaft der Polizei fordert den Landtag auf, der verbalen Wertschätzung die fiskalisch notwendigen Taten folgen zu lassen:

Sicherheit hat ihren Preis – die Bürgerinnen und Bürger und die Polizistinnen und Polizisten des Landes sollten es Ihnen wert sein! *red*



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Rheinland-Pfalz**

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-pp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon (06 31) 3 69 23 13
Telefax (06 31) 3 69 23 14
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31
vom 1. Januar 2008

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



Thomas Will verabschiedet



Feierlich verabschiedet wurde Thomas Will (2. v. r.) auf der Landesbeiratssitzung in Mainz-Weisenau als Gewerkschaftssekretär von (v. l. n. r.) Landesvorsitzender Ernst Scharbach, Bundesvorsitzender Konrad Freiberg und dem ehem. Landes-, Bundes- und Eurocop-Vorsitzenden Hermann Lutz

Foto: Moser

TELEARBEIT

Startschuss im PP Mainz

Das Pilotprojekt Telearbeit hat bei der PI Worms am 15. Oktober begonnen. Was ist so neu daran? Es handelt sich um Telearbeitsplätze im Bereich des Polizeidienstes. Das ist das erste Mal in Rheinland-Pfalz, dass für, wie in diesem Fall Polizeibeamtinnen, Telearbeit im Bereich des Polizeidienstes ermöglicht wird. „Ohne einen Vertrauensvorschuss geht es nicht“ sagt die Dienststellenleiterin Tina Horn. Als vorrangiges Ziel bezeichnet sie, dass die Beamtinnen ihre wöchentliche Arbeitszeit erhöhen können. Das sei ein echter Gewinn für ihre Dienststelle und die Mütter, die besser den Beruf und die Kinderbetreuung unter einen Hut bringen können. Neben Anschaffungen wie abschließbaren Rollcontainern, Reißwölfen etc. konnte die Behörde auf bereits vorhandene PCs zurückgreifen. Angestoßen wurde dieses Projekt ja vor dem Hintergrund einer angespannten Finanzlage der Behörde, viel kosten dürfen diese Arbeitsplätze also nicht. Doch als umso lobenswerter ist

diese Maßnahme einzustufen. Schaut man in andere Behörden und Einrichtungen in Rheinland-Pfalz, stößt man nur ganz vereinzelt auf Telearbeitsplätze. Mehr als drei pro Behörde gibt es gar nicht. Und diese sind ausnahmslos im Bereich des Tarifs angesiedelt. Bei der Bereitschaftspolizei hat aktuell eine Einsatzsachbearbeiterin eine Telearbeitsstelle beantragt und auch erhalten. Auch die Ausschreibung von weiteren Telearbeitsplätzen ist rar, die Kosten der Einrichtung solcher alternativer Beschäftigungsformen werden gescheut. Antragsverfahren ziehen sich über Jahre hin. Damit versperren sich die Behörden und Einrichtungen die Möglichkeit die da und dort angespannten Personalsituationen zu entschärfen, wer kann in heutigen Zeiten schon auf Personal verzichten? Oder liegt es mehr an der Einstellung der Vorgesetzten, muss ein Mitarbeiter, eine Mitarbeiterin nicht immer persönlich ansprechbar sein? Weg von dieser Einstellung des immer anwesend sein müssen

um gute Arbeitsleistung zu erbringen, freut sich die Landesfrauengruppe ganz besonders über den Vorstoß der PI Worms und begleitet das Projekt mit großem Interesse. *red*



PSW-Rabatt?
0 61 31/9 60 09 31
psw-rp@gdp-online.de

Kommunalpolizei ein Irrweg

Von Entwarnung keine Spur. Unter Ziffer 2.1, der so genannten 64er Liste, sieht Innenminister Karl Peter Bruch noch immer vor, die Überwachung des fließenden Verkehrs innerhalb und außerhalb geschlossener Ortschaften mit Ausnahme der Bundesautobahnen künftig durch Städte, Gemeinden oder Landkreise erledigen zu lassen.

Nach einem Gespräch mit dem Städte- tag (Bericht in DP 10/08) begaben sich die GdP-Akteure Ernst Scharbach, Markus Stöhr und Bernd Becker deshalb jetzt beim Gemeinde- und Städtebund (GStB) Rheinland-Pfalz auf die Suche nach Verbündeten. Die Argumente und Befürchtungen der GdP stießen durchaus auf Verständnis. „Dass Sie Angst davor haben, mit der Aufgabe auch Personal zu verlieren, kann ich durchaus verstehen“, fasste GStB-Vorsitzender Heijo Höfer zusammen und wies darauf hin, dass es ja auch im Interesse der Kommunen liege, funktionsfähige Polizeieinspektionen zu haben. Geschäftsführer Winfried Manns, vormals Bürgermeister der Verbandsgemeinde Konz, vertrat die Auffassung, die Kommunalisierung von Polizeiaufgaben sei nicht mehr aufzuhalten. „Genau diese Entwicklung gilt es zu verhindern“ entgegnete Ernst Scharbach und legte dar, wie wichtig die Kontrolltätigkeiten im Verkehr für die gesamte Polizeiarbeit sei. „Wir wollen, dass möglichst jede Geschwindigkeitskontrolle auch mit einer Anhaltekontrolle ein-

hergeht“, bekräftigte der GdP-Landeschef. Es ginge dabei nicht nur um das „verkehrserzieherische Gespräch“, sondern auch um die Möglichkeit, mit polizeilichem Gespür und Erfahrung anderen Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten auf die Spur zu kommen, bekräftigte Bernd Becker. Die GdP, so die Botschaft der dreiköpfigen Delegation an die Kommunalpolitiker, will eine Polizei aus einem Guss und keine unübersichtlichen Flickenteppiche, wie man sie aus Belgien, Frankreich, Spanien und Italien kennt. Scharbach: „Wo Polizei drauf steht, muss auch Polizei drin sein“. Es sei im Übrigen einfach nicht zutreffend, dass die Polizei durch die Wegnahme dieser Aufgabe entlastet werde. „Es geht uns in erster Linie darum, den Dienst rund um die Uhr aufrecht zu erhalten und Aspekte der Eigensicherung beachten zu können; das wird durch die Verlagerung von Aufgaben perspektivisch eher erschwert“, erläuterte Scharbach und fügte hinzu, dass das ja wohl niemandem recht sein könne.

red

KOMMENTAR VON ERNST SCHARBACH

Wie nach dem Gespräch in Erfahrung gebracht wurde, hat der Landesausschuss des GStB mittlerweile beschlossen, den Vorschlägen des Innenministers vollumfänglich zuzustimmen. Die GdP bleibt überzeugt, dass der Weg in die kommunale Polizei ein Irrweg ist. Kräfte bündeln, statt zu zersplittern, ist das Gebot der Stunde. Einige große Städte sind bei Sicherheits- und Ordnungsaufgaben schon wieder auf dem Rückzug, weil sie ihre Mitarbeiter unverantwortbaren Gefahren aussetzen. Im Übrigen ist nicht erkennbar, warum die Diskussion über solch gravierende Änderungen überhaupt aufgekommen ist. An der im Ländervergleich positiven Unfallentwicklung und der auf einem Spitzenplatz rangierenden Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei kann es nicht liegen. Wir treten weiter für eine vertretbare und praktikable Lösung ein, die der Polizei das Instrument Verkehrskontrolle auf Dauer erhält. Der Polizei die Bekämpfung der Hauptunfallursache „Geschwindigkeit“ auf Kreis-, Landes- und Bundesstraßen aus der Hand zu nehmen ist geradezu widersinnig. Ob irgendjemand einmal darüber nachgedacht hat, was es zum Beispiel erfordert, auf einer 4-spurigen viel befahrenen Bundesstraße auf dem Mittelstreifen eine Messanlage auf- oder abzubauen? Offenbar ist in einigen Landesteilen der Eindruck entstanden, die Polizei ziehe sich auf vermeintlich höherwertige Aufgaben zurück. Klare Ansage der GdP: Das trifft für das Land generell nicht zu und schon gar nicht ist es das Ziel. Wo dieser Eindruck entsteht, muss dem entgegengewirkt werden; mit genügend Personal an der richtigen Stelle.

Kurz und knackig

Tarifrunde 2009

Am 5. November fand die Sitzung des Fachausschusses-Tarif statt. Eines der Hauptthemen in dieser Sitzung war die Tarifrunde 2009 für die Tarifbeschäftigten der GdP in Rheinland-Pfalz. Im Vorfeld wurde bereits ein Fragebogen an die Mitglieder versandt mit der Bitte, ihre Wünsche für die bevorstehende Runde zu äußern. Dies wurde auch genutzt. Zu dieser Sitzung hatte die Vorsitzende den Kollegen Paul Christian Koch von ver.di eingeladen. Es wurden „Gedanken“ ausgetauscht bezüglich Forderungen, Streikmaßnahmen usw. Paul Christian Koch stellte dem Gremium die Forderungen von ver.di aus seiner Sicht dar. Und siehe da, wir liegen auf derselben „Wellenlänge“. Der Tenor der Mitglieder: **Übernahme des Abschlusses bei Bund und Kommune.**

Es wird eine schwierige Tarifrunde werden, dies wissen wir alle. Wir hatten aber auch noch andere Themen zu behandeln. Unter anderem haben wir in unserem Gremium auch die Kandidatinnen/Kandidaten-Liste für den Hauptpersonalrat erstellt. Diese wird am 10. Dezember in der Landesbeiratssitzung vorgelegt. Danach ging es noch um einige interne Dinge, die zu behandeln oder zu besprechen waren. Unter anderem wird die Vorsitzende am 4. und 5. Dezember an der großen Tarifkommission in Berlin teilnehmen.

Anne Knewitz



PSW-Rabatt?
0 61 31/9 60 09 23
psw-reisen@gdp-online.de



Walter Zuber verabschiedet

Mit einer kleinen Feierstunde in der Lobby des Landtages verabschiedete sich Walter Zuber von seiner aktiven Zeit im rheinland-pfälzischen Parlament. Zuber war seit 1971 MdL, mit Unterbrechung als Bürgermeister in Alzey und als Landrat in Bad Kreuznach. 1991 wurde Walter Zuber Innenminister des Landes. 2005 musste Walter Zuber wegen seiner Erkrankung aus dem Amt ausscheiden.

Walter Zuber für die rheinland-pfälzische Polizei sind enorm. Wir sind ihm zu Dank verpflichtet!

Ernst Scharbach: „Sehr geehrter Herr Zuber, wir GdP'ler wünschen Ihnen für die Zukunft alles erdenklich Gute und ganz besonders: Viel Gesundheit!“

GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach dankte Walter Zuber für sein Eintreten für die Polizei. Bis 1991 war die Polizei in Rheinland-Pfalz erbärmlich untergebracht, das Mobiliar gehörte meist auf den Schrott, Funkgeräte und Fahrzeuge war von vorgestern und Mangelware. Die Polizei verdankt Zuber die heutige Organisation: Raus aus der Kleinstaaterei von Ämtern, Direktionen, Kreisverwaltungen und Bezirksregierungen. Als erstes Land ging Rheinland-Pfalz mit der Einführung der zweigeteilten Laufbahn voran. Der damalige GdP-Bundesvorsitzende verlieh Walter Zuber für sein Polizeibildungskonzept die Kullmann-Medaille der GdP. Die heutige



Walter Zuber (links) mit dem GdP-Landesvorsitzenden Ernst Scharbach

Foto: Klaus Benz

Organisation, Ausstattung, Ausrüstung und das Bildungskonzept sind bundesweit vorbildlich. Von vielen wurde und wird das mühsame Diskutieren von Veränderungsprozessen kritisiert. Nein – Walter Zuber und GdP waren immer darin einig, dass Veränderungen MIT und nicht gegen die Beschäftigten organisiert werden müssen. Demokratie braucht Diskussion und Zeit.

Apropos Demokratie: Willi Brandts „Mehr Demokratie wagen“ fand in Rheinland-Pfalz seinen Niederschlag in einem modernen Landespersonalvertretungsgesetz, dessen Ursprungsfassung leider von Konservativen vor dem Verfassungsgericht verklagt wurde. Dass heute Polizeibeamte Behördenleiter werden können: Vor Walter Zuber undenkbar. Aus dem gemeinsamen Erschrecken über das Erstar-

ken der Nazis nach 1989 entstand die Kommission Innere Führung (KIF), die viele bedeutende Änderungen angestoßen hat. Die Gäste dankten Walter Zuber für sein soziales Engagement, etwa im Ausländerrecht und seinem Bemühen um die Menschen in Ruanda. Seine soziale Ader wurde auch in der Polizei deutlich. Zuber setzte auf Anregung der GdP erstmals in der rheinland-pfälzischen Polizei Sozialbetreuer ein. Leider ist aber auch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit im Jahr 2003, mit ihrer unseligen Auswirkung auf die Polizei, mit dem Innenminister Walter Zuber verbunden. Es ist schade, dass dadurch sowohl inhaltlich, wie auch formal – das positive Verhältnis Risse abbekam. Aber für die, die die letzten Jahrzehnte überblicken können: Die Verdienste von



PSW-Rabatt?
0 61 31/9 60 09 31
psw-rp@gdp-online.de



Regress wegen Falschbetankung

Änderung der **Beurteilungsverfahren**: Beurteilungsbeiträge (Ziff. 5.2.2) müssen künftig über den Dienstvorgesetzten laufen, wenn der Beurteilungsbeitrag mindestens die Hälfte des Beurteilungszeitraums abdeckt. Diese Verfahrensweise soll die Einhaltung eines einheitlichen Maßstabs auch bei längerfristigen Abordnungen sichern.

Der HPRP stimmte dem Konzept **VI-SIER** befristet auf ein Jahr zu. Bei aller Güte des Konzepts befürchtet der HPRP das Entstehen eines weiteren Arbeitsfeldes, das ein weiteres Mal Personalbedarf auslöst, von dem keiner zu sagen weiß, wie er gedeckt werden soll. Auf der anderen Seite hat Minister Bruch recht, dass der Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Haftentlassenen auch heute schon der Polizei obliegt und das Konzept eine wichtige Hilfestellung bietet. Rechtzeitig vor Abschluss

des Jahres fordert der HPRP daher die Prüfung von Erfolg und Aufwand von VI-SIER.

Falschbetankungen: Nachdem das rheinland-pfälzische OVG das „Augenblicksversagen“ der Kolleginnen und Kollegen abschließend als „grobe Fahrlässigkeit“ bewertet hat, haben wir jetzt zwar ein Urteil, aber kein Recht bekommen. Der HPRP hält das Urteil für grottenfalsch – ein typisches Beispiel für die Weltabgewandtheit von Leuten, die am Grünen Tisch Entscheidungen treffen. In Konsequenz des Urteils werden jetzt alle ruhenden Verfahren auf Inregressnahme wieder aufgerufen. Der HPRP lehnte die Inregressnahme trotz des Urteils ab. Das Ministerium wird sich aber auf der Grundlage des Urteils über die Ablehnung hinwegsetzen. Wir weisen nochmals darauf hin, wie wichtig eine Regressversicherung für jeden

Werk tätigen ist. Bei der Gewerkschaft ist sie im Beitrag enthalten. Auf Widerspruch stieß die Vorlage des Ministeriums zur Einrichtung einer neuen **Beweissicherungs- und Festnahmeinheit**. Neben den Standorten Enkenbach und Koblenz sollte eine weitere BFE in Mainz aufgestellt werden. Kein Zweifel bestand am Einsatzwert der BFE'en – allerdings befürchtet der HPRP mittelfristig eine weitere Schwächung des Schichtdienstes. Hinzu kommt, dass auch die BFE in Koblenz unterbesetzt ist und ebenfalls ergänzt werden muss. Statt der Einrichtung einer neuen BFE schlägt der HPRP die Aufstockung der BFE'en in Koblenz und Enkenbach auf die in anderen Bundesländern üblichen 46 Kräfte vor. Dies würde auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erleichtern.

Margarethe Relet (Polizeibeschäftigte), Ernst Scharbach (Beamte)

GdP-SEMINARE

Innovativ bei Arbeitszeit und Gesundheit

Seminar I:

Arbeitszeit-, Urlaubs- und Mehrarbeitsrecht werfen im Polizeibereich immer wieder gravierende Probleme auf, denn die sehr stark auf Rund-um-die-Uhr-Präsenz, einsatz- und anlassbezogene Dienste ausgerichtete Arbeitszeit der Polizei ist mitunter mit den vorhandenen Vorschriften und Methoden weder praxisgerecht zu planen noch zu erfassen. Unter Leitung von Helmut Knerr, Thomas Will und Markus Stöhr versuchten GdP-Personalräte aus dem ganzen Land, Licht in das Halbdunkel einschlägiger Vorschriften zu bringen. GdP-Personalräte versuchen – so die Rückmeldung der Teilnehmer – landauf, landab mit praxisgerechten Dienstvereinbarungen sowohl den Interessen der Beschäftigten als auch den Besonderheiten des Polizeidienstes gerecht zu werden.

Seminar II:

Ebenso kreativ bringen sich immer mehr GdP-Personalräte auch beim Thema Be-



Dank an Dr. Smieszkol für einen interessanten Vortrag.

triebliche Gesundheitsförderung (BGF) ein. Die Teilnehmer an einem Personalräte-Seminar zu diesem Thema berichteten, dass die neue Dienstportrichtlinie überall einen Schub an gesunden Aktivitäten verursacht habe. In deren Schlepptau, da waren sich die Teilnehmer unter Leitung von Helmut Knerr und Bernd Becker sicher, entstehe ei-

ne sehr gute Atmosphäre für zahlreiche Initiativen und Maßnahmen zum Thema Gesundheitsförderung. Neben „Inputs“ von Helmut Knerr (Arbeitsschutz und Gesundheit – welche Möglichkeiten bietet das Gesetz) und Bernd Becker (Prinzip der BGF und bisherige Aktivitäten im Land) und der Erarbeitung von Vorschlägen in Arbeitsgruppen, erfuhren die Teilnehmer

von Dr. Christoph Smieszkol, dem „obersten Gewerbearzt“ im Land und komm. Referatsleiter im Arbeitsministerium, brandneues über die „VO zur Rechtsvereinfachung und Stärkung der arbeitsmedizinischen Vorsorge“ sowie Bewährtes über die „Leitlinie für Gefährdungsbeurteilung und Dokumentation“.

red





Und ein Design, das Kräfte freisetzt:

Kraftvolle Linien erzeugen mit dem coupéartig geschwungenen Dach eine Spannung, die das Auge nie müde werden lässt.

20 % Rabatt für GdP-Mitglieder
www.psw-neufahrzeuge.de



Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Tel.: 06131 96009 31
Fax: 06131 96009 27
E-Mail: psw-rp@gdp-online.de
Internet: www.psw-rp.de



SEMINAR-PLAN 2009

Politische Bildung

GdP-Grundseminar
26.–27. 3. 2009/Hotel Peifer, Brodenbach
Inhalt: Geschichte und Funktion der Gewerkschaften in Deutschland. Aktuelles aus der Polizei

GdP-Grundseminar
2.–3. 4. 2009/Hotel Peifer, Brodenbach
Inhalt: Geschichte und Funktion der Gewerkschaften in Deutschland. Aktuelles aus der Polizei

GdP-Aufbauseminar
12.–13. 11. 2009/Hotel Peifer, Brodenbach
Nur für Absolventen des GdP-Grundseminars

Seminar „Führen im Sandwich“ –
21.–22. 9. 2009/Hotel Ebertor, Boppard
Dienstgruppenleiter, Kommissariatsleiter und vergleichbare Vorgesetzte in der Zwickmühle zwischen Mannschaft und Führung.

GdP-Tarifseminar
26.–27. 10. 2009/Hotel Peifer, Brodenbach
Inhalt: Aufgaben und Organisation der Tarifpartner. Gestaltung des beruflichen Alltags mit Tarifverträgen. Grundsätzliche tarifvertragliche Regelungen für den öffentlichen Dienst und insbesondere die Polizei.

GdP-Seniorenseminar
5.–6. 3. 2009/Hotel Peifer, Brodenbach
Inhalt: Vorbereitung auf den Ruhestand. Partner können am Seminar mit Eigenanteil teilnehmen.

GdP-Seniorenseminar
29.–30. 9. 2009/Hotel Peifer, Brodenbach
Inhalt: Vorbereitung auf den Ruhestand. Partner können am Seminar mit Eigenanteil teilnehmen.

GdP-Frauenseminar
Zeit und Ort werden noch ausgeschrieben.
Inhalt: Frauengesundheit

GdP-Seminar JUNGE GRUPPE
18.–19. 6. 2009/Hotel Peifer, Brodenbach
Inhalt: Wird noch ausgeschrieben.

GdP-Seminar Neues Beamtenrecht
20.–21. 10. 2009/Hotel Peifer, Brodenbach
Inhalt: Beamtenstatusgesetz, Neues Landesbeamtengesetz, Auswirkungen der Veränderungen auf BeamtenVG usw.

Workshop S&K, 5.–6. 11. 2009/Hotel Peifer, Brodenbach

Personalratsschulungen

PR-Seminar I
Anfang Februar 2009
Inhalt: Schulung für Wahlvorstände der Personalratswahlen 2009

PR-Seminar II
9.–10. 6. 2009/Hotel Ebertor
Inhalt: Seminar für Neumitglieder im Personalrat. Arbeit im Personalrat, gesetzliche Grundlagen der Beteiligung und effektives Arbeiten.

PR-Seminar III
29.–30. 6. 2009/Hotel Ebertor, Boppard
Inhalt: Neuer TV-L und Beteiligung. Das Seminar richtet sich vorrangig an PR-Vorstände.

PR-Seminar IV
28.–29. 9. 2009/Hotel Ebertor, Boppard
Inhalt: Gesundheitsschutz als Aufgabe des Personalrats. Inhalt und Durchführung von Personalversammlungen.

PR-Seminar V
11.–12. 11./Hotel Ebertor, Boppard
Neues Beamtenrecht und Beteiligung.

PR-Seminar VI
Zeit und Ort werden noch ausgeschrieben. Seminar für Mitglieder der JAV.

Weitere Seminare

Rauchfrei & Schlank
LPS/FH 9. 4. 2009

Rauchfrei & Schlank
LPS/FH 6. 11. 2009

GdP-Kanoutour
Ort und Zeit werden noch ausgeschrieben.

TERMINE SENIOREN KOBLENZ

Stammtisch,
jeweils **mittwochs**, 16.00 Uhr, im Soldatenheim Horchheimer Höhe, Von-Galen-Straße 2, 56077 Koblenz

4. Februar, 4. März, 1. April, 2. September, 7. Oktober, 4. November

Stammtisch
auf dem Wüstenhof, Vallendar, ebenfalls mittwochs, 16.00 Uhr
3. Juni und 5. August

Bustour
Mittwoch, 6. Mai – Ziel – Westerwald, Abtei Marienstatt, Hachenburg
Abfahrtszeit und Ort werden bei den Treffen bekanntgegeben.

Grillfest
Mittwoch, 1. Juli, 16.00 Uhr, Falkensteinkaserne, Koblenz-Lützel

Weihnachtsfeier
2. Dezember, 17.00 Uhr, Weinhaus Merkelbach, 56077 Koblenz, Emser Str.

Bei Rückfragen wendet Euch bitte an Euren Seniorenvertreter
Josef Baus, Waisenhausstr. 4, 56073 Koblenz,
Tel.: 02 61/40 92 97 oder per E-Mail:
josefbaus@aol.com

